

Der Vorsitzende übergab das Wort an Landrat Schuster.

Der Landrat gab eine kurze Einführung. Die GPA sei von August 2015 bis Mai 2016 für die Durchführung einer Organisationsuntersuchung im Haus gewesen. Der Abschlussbericht wurde in der Sitzung vom 11.05.2016 vorgestellt. Dieser Bericht enthält zum einen eine Vielzahl von konkreten Handlungsempfehlungen und zum anderen eine Vielzahl von Empfehlungen allgemeiner verwaltungsübergreifender Art. Es könne jetzt versucht werden, einen Teil der Handlungsempfehlungen mit Wirkung für den bevorstehenden Doppelhaushalt anzugehen und umzusetzen. Er bat aber um Verständnis, dass nicht alle 177 Empfehlungen mit Relevanz für den Doppelhaushalt angegangen werden könnten. Ein Teil würde von der GPA ja auch noch fehlen, nämlich die Benchmarking-Erkenntnisse. Diese landesweiten Vergleichszahlen werden Ende des Jahres bzw. Anfang Januar vorliegen. Sie sollen dann zusammen mit den weiteren Handlungsempfehlungen abgearbeitet werden.

Wie in der der Einladung beigefügten Anlage ersichtlich, wurden insgesamt 28 Einzelempfehlungen auf die Realisierbarkeit für den anstehenden Doppelhaushalt geprüft. Das andere sind die 25 verwaltungsübergreifenden Empfehlungen, über die in der der Einladung beigefügten Anlage informiert wird, was bereits umgesetzt wurde oder was sich in der Bearbeitung befindet. Der Rest wird ebenfalls noch auf Realisierbarkeit geprüft und umgesetzt. Hierüber würde weiter regelmäßig berichtet.

Abg. Becker teilte mit, dass in der CDU-Fraktion schon intensiv über den Bericht beraten wurde. Es sei in der Tat richtig, dass man sich Zeit nehmen, prüfen und nachdenken sollte. Der Rest solle weiter beraten werden in der 1. oder 2. Sitzung des nächsten Jahres, wenn die Benchmarking-Zahlen im Verhältnis zu den anderen Kreisen vorliegen.

Er sei der Verwaltung dankbar, dass sie die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen schon mal aufgerufen habe und zufrieden, wenn dies so wie zunächst vorgeschlagen auch umgesetzt werde (Wegfall von 3 Stellen und von weiteren 10 Stellen im Laufe der nächsten 2 Jahre). Die Verwaltung wolle sich jedoch die Option offen halten, diese 10 Stellen doch nach zu besetzen, wenn sich Personalbedarf herausstellen sollte. Er würde vorschlagen, dass bei der Beratung des Stellenplanes im November so verfahren wird, dass eine Wiederbesetzungssperre intern für den Ausschuss beschlossen wird. Bei Freiwerden der Stelle soll die Verwaltung dann vortragen, ob diese tatsächlich nicht wieder besetzt wird oder ob sie genutzt wird, um anderen Personalbedarf abzudecken.

Bei den Vorschlägen der GPA würde er in 3 Kategorien unterscheiden: die eine, wo er glaube, dass die GPA völlig falsch liegt, weil sie die Gesetze der Politik nicht beachtet. Eine zweite Kategorie, wo die Verwaltung schon gesagt habe, dass sie das auch so sieht und umsetzen wird. Die dritte, wo die Verwaltung sagt, dass sie das nicht so sieht und mit Vorsicht daran geht. Das wird die Kategorie sein, wo in den Beratungen die meiste Arbeit reingesteckt werden müsste.

Grundsätzlich sei man mit diesen kurzfristigen Empfehlungen der Verwaltung einverstanden.

Abg. Krupp stellte für die SPD-Fraktion dar, dass sie mit dem bisherigen Ablauf zufrieden sind und sich gut beraten und informiert fühlten. Hier sollte Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten. Auf der anderen Seite sei das jetzt die Gelegenheit für den Landrat, seine Verwaltung zukunfts fest aufzustellen. Die Streichung der beiden Dezernentenstellen hält sie für vollkommen richtig. Die GPA habe ja auch bescheinigt, dass die Verwaltung schlanker und effektiver aufgestellt werden sollte. Da es auch für die Mitarbeiter akzeptabel sein soll, müsste alles mit Ruhe angegangen werden.

Auf der anderen Seite sei es auch nicht verkehrt, die Bereiche, die an die Politik gehen, z.B. das Thema Ausschussstruktur und Vergaben, anzugehen und zu beraten. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Zukunft sei die Personalentwicklung, damit z.B. den guten jungen Mitarbeitern

Perspektiven geboten werden könnten und sie den Kreis nicht verlassen wollen. Auch die Interkommunale Zusammenarbeit halte sie für ein wichtiges Thema. Es geht in die richtige Richtung und man sei gespannt wie es weiter läuft.

Abg. Hoffmeister begrüßte auch den vorliegenden Bericht der GPA und bat aber zu bedenken, dass man Zeit und Ruhe brauche, um zu beurteilen wie die Benchmarking-Zahlen ausgerechnet sind. Der Kreis mit 19 Kommunen würde teilweise mit Städten verglichen werden. Da wo Zweifel bestehen, solle man genauer und deutlicher hin gucken. Er begrüßte was die Verwaltung vorgelegt hat und das so schnell reagiert wurde. Dem sollte man so folgen.

SKB Pagels fand es gut, dass diese Prüfung gemacht wurde. Der RSK solle eine der Modellkommunen sein und er fragte den Landrat, ob es bei den Modellkommunen, die geprüft werden einen ähnlichen Kreis wie den RSK gäbe, wo man die Ergebnisse vergleichen könne.

Der Landrat führte aus, dass dies noch nicht im Landkreistag thematisiert worden sei und auch viele Kreise noch nicht so weit sind wie der RSK. Die GPA würde parallel diesen Beratungsprozess anbieten und dem sei die Politik des Kreistages gefolgt. Zur überörtlichen Prüfung benötige man aber noch die Benchmarking-Zahlen vom Dezember dieses Jahres, damit diese Zahlen mit den Handlungsempfehlungen parallel beraten und abgearbeitet werden könnten.

Abg. große Deters hatte noch eine detaillierte Frage zu der Handlungsmöglichkeit Nr. 52-2 auf Seite 21. Hier würden von der GPA 2 Stellen vorgeschlagen und von der Verwaltung 0,5. Er lese den Entscheidungsvorschlag so, dass selbst bei den 0,5 Stellen erhebliche Bedenken bestünden. Danach würden die Aufgaben des medizinischen Dienstes, insbes. die Erstellung eigener Gutachten auf ein Minimum reduziert werden. Er beziehe das auf die vorgeschlagenen 0,5 Stellen und da würde sich die Frage stellen, ob es bei einem so wichtigen Bereich klug sei, sich auf ein absolutes Minimum zu beschränken.

KVD Römer erläuterte, dass dies momentan noch zwischen dem Versorgungsamt, dem Gesundheitsamt und der Orga diskutiert würde. Es hätte zunächst ein Einvernehmen bezüglich der Stellenbeschränkung von 0,5 Stellen gegeben. Im Nachhinein habe sich das doch als relativ schwierig herausgestellt, da es bedeuten würde, dass viele Aufträge an Außengutachter vergeben werden müssten. Diese Situation gestalte sich jedoch als zunehmend schwierig, da diese zum Teil nach und nach altersbedingt ausscheiden und ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden müsste. Das sei somit ein Punkt, der im Moment noch überprüft wird.

Abg. große Deters hielt fest, dass dann nach der Überprüfung möglicherweise auf diesen 0,5 Stellen-Abbau verzichtet würde. Er möchte noch mitgeben, dass dieser Bereich wichtig sei und hier nicht nur das absolute Minimum dargestellt werden sollte.

Abg. Becker teilte mit, dass im Rahmen der Stellenplanberatungen entschieden werden solle, dass diese genannten 10 Stellen nicht mit einem kw-Vermerk, sondern mit einer Wiederbesetzungssperre versehen werden. Dann käme es erst in den Ausschuss, wenn die Situation eintritt, dass diese 0,5 Stelle frei sei.

SKB Pagels fragte, ob noch die Stellungnahme der Fachausschüsse zu den hier angesprochenen einzelnen Personalmaßnahmen zur Verfügung gestellt würde. Des Weiteren würde dargestellt werden, dass der Arbeitskreis Konsolidierung manche Dinge schon besprochen und entschieden habe. Darüber sei er verwundert, da aus seiner Sicht ein Arbeitskreis nur Empfehlungen aussprechen würde.

Der Landrat wies darauf hin, dass das nicht in den Fachausschuss gehen sollte, sondern im Rahmen der Haushaltsberatungen Gegenstand der Beratungen der Fraktionen sei. Sofern noch Fragen bestünden, sollte das im Kreisausschuss und im Kreistag diskutiert werden.

Abg. Becker führte aus, dass die Empfehlungen des Arbeitskreises Konsolidierung alle von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf mit eingepflegt werden sollten.

Abg. Hoffmeister stellte klar, dass das in der Fraktion diskutiert werden sollte und nicht in den Fachausschüssen. Der Arbeitskreis würde nur Empfehlungen aussprechen und fasst keine Beschlüsse. Es sollte sich aber auf die ganz wichtigen Themen konzentriert werden.

Abg. Klein merkte an, dass aus Sicht der AfD-Fraktion der Eindruck bestehe, dass von dieser Untersuchung doch relativ wenig umgesetzt würde. Im Grunde genommen wäre etwas mehr möglich gewesen, wenn man gewollt hätte. Im Arbeitskreis Konsolidierung sei viel zerredet worden.

Der Vorsitzende schloss diesen TOP.